

Die eigentliche Wachstumskrise überwinden

# Sozial-ökologische Planung für eine demokratische Postwachstumsökonomie

Während unter dem Stichwort vom „kranken Mann Europas“ wieder das Gespenst zu niedriger Wachstumsprognosen die wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland prägt, macht die Klimakrise deutlich: Aus sozialer und ökologischer Perspektive ist es an der Zeit, Wachstum selbst als Politikziel zu hinterfragen. [1]

Von Elena Hofferberth und Matthias Schmelzer

Mehr als zwei Jahrzehnte nach seinem ersten Erscheinen geht erneut das Schreckgespenst von Deutschland als „krankem Mann Europas“ um, so der *Economist* im August 2023. Anlass für diese Diagnose sind Deutschlands derzeit stagnierende beziehungsweise rückgängige Wachstumsraten und die im Vergleich mit den USA und anderen europäischen Ländern niedrigen Wachstumsprognosen. Vor allem strukturelle Faktoren wie die Energie- und CO<sub>2</sub>-Intensität der deutschen Wirtschaft, zu starre Bürokratie und ein Mangel an öffentlichen Investitionen werden dafür verantwortlich gemacht, dass Deutschland zum Wachstumsschlusslicht wurde. Das Fazit: Deutschland muss sein Wirtschaftsmodell transformieren.

Welche Form ein solches Wirtschaftsmodell annehmen soll, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten. Neben wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen marktliberalen und interventionistischen Perspektiven geht es dabei heute auch um eine grundsätzlichere Frage: Während eine deutliche Steigerung staatlicher Ausgaben für den Ausbau öffentlicher Infrastruktur und Investitionen in die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft aus sozialer und ökologischer Sicht Sinn machen, wird das Verfolgen von Wirtschaftswachstum um jeden Preis genau aus dieser Perspektive zunehmend infrage gestellt.

Postwachstumsansätze weisen seit Jahren darauf hin, dass eine schnelle und absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch beziehungsweise CO<sub>2</sub>-Emissionen unwahrscheinlich bis unmöglich ist, welche notwendig wären, um Klimaziele durch „grünes Wachstum“ zu erreichen. Aktuelle Evaluationen des deutschen Klimaprogramms bescheinigen Deutschland ein beachtliches – möglicherweise verfassungswidriges – Verfehlen seiner Klimaziele und identifizieren höhere Wachstumsraten als einen Faktor, der Emissi-

onsreduktion im Wege steht (Harthan et al. 2023). Angesichts dessen müssen Diagnose und Therapie der „deutschen Krankheit“ anders ausfallen, als das normalerweise geschieht.

Die Postwachstumsökonomie liefert hierfür Ansätze. Um das Primat von Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung durch das universeller Bedürfnisbefriedigung innerhalb planetarer Grenzen zu ersetzen, fordert Postwachstum für den globalen Norden eine „geplante“ und „selektive Reduktion wirtschaftlicher Aktivität“, was eine „geplante Reduktion“ von Energie- und Ressourcenverbrauch sowie Stoffdurchsatz einschließt (Schmelzer/Vetter/Vansintjan 2022: 196, 295). Absolute Ressourcen- und Emissionslimits, Arbeitszeitverkürzung oder die universelle Bereitstellung notwendiger Güter und Dienstleistungen werden als Politikmaßnahmen zum Erreichen dieses Zieles vorgeschlagen (ebd.). Ein zentraler Aspekt ist bisher jedoch noch ungeklärt: die makroökonomische Koordination.

Die Notwendigkeit der Entwicklung neuer makroökonomischer Koordinationsmechanismen ergibt sich nicht nur aus viel zitierten Definitionen (die „Planung“ oft explizit einfordern), sondern auch direkt aus dem sozial-ökologischen, demokratischen Anspruch einer Postwachstumsökonomie (ausführlicher und mit entsprechender Literatur: Durand/Hofferberth/Schmelzer 2024). Eine effektive sozial-ökologische Transformation erfordert grundlegende Umwälzungen in fast allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Diese demokratisch zu koordinieren und zu organisieren ist entscheidend, nicht nur zur Erreichung sozial-ökologischer Ziele, sondern auch um mögliche negative Nebeneffekte zu verhindern oder abzufedern.

Ein Beispiel: Die Festsetzung und Umsetzung absoluter Obergrenzen für CO<sub>2</sub>-Emissionen und Ressourcenverbrauch – wie auch vom Umweltbundesamt gefordert – bringt eine Vielzahl komplexer Entscheidungen mit sich: Wie hoch werden die jeweiligen Obergrenzen angesetzt? Welchen Wirtschaftszweigen, Aktivitäten und Regionen werden welche Emissions- und Ressourcenbudgets zur Verfügung gestellt? Diese Entscheidungen hängen zwangsläufig mit der Bestimmung sozialer Prioritäten zusammen, denn es gilt gesamtgesellschaftlich zu entscheiden, welche Güter und Dienstleistungen als notwendig und wünschenswert eingestuft werden.

Umstrukturierungen von Sektoren sind jedoch nicht rein materieller Natur, sondern implizieren Umbrüche für Beschäftigte in Transformationsbranchen. Der Rückbau fossiler Indus-

trien und die Stärkung von Sorge- und Pflegetätigkeiten etwa verlangen nicht nur eine quantitative „Umschichtung“ von Arbeitskräften von einem Sektor in den anderen, sondern müssen mit qualitativen Veränderungen einhergehen und in „gerechte Übergänge“ eingebunden sein. Dazu zählen angemessene Bildungs- und Umschulungsmöglichkeiten, aber auch Mitsprache an der konkreten (Um-)Organisierung von Arbeits- und Produktionsprozessen. Schließlich ist das Ziel keine Top-down-Planwirtschaft, sondern ein kollektiver und partizipativer Umbau der Wirtschaft. Die Komplexität der Herausforderung erhöht sich zusätzlich, soll auch nicht kommodifizierte Arbeit berücksichtigt werden, ohne deren Kommodifizierung voranzutreiben. Die Ausweitung und Wertschätzung von Sorge- und Pflegearbeit – eine zentrale Postwachstumsforderung – ist beispielhaft hierfür (Chowdhury 2022).

Sowohl die Ausarbeitung als auch die Umsetzung dieser Entscheidungen stellt eine Herausforderung für den Übergang in eine Postwachstumsökonomie dar, insbesondere da diese Prozesse notwendigerweise demokratisch und partizipativ angelegt sein müssen. Dies ist nicht nur für die Kohärenz mit den politischen Werten von Postwachstum entscheidend, sondern auch, um die Legitimität dieser potenziell disruptiven Prozesse und damit ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten. Aufgrund der global vernetzten Wirtschaft müssen ferner Entscheidungen und Akteur/innen auf verschiedenen Ebenen koordiniert werden. Globale Koordination ist unabdingbar, auch um historischen und aktuellen Ungleichheiten Rechnung zu tragen. Die Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit der Art, der Menge und der Herstellung der Energieversorgung in einer Gemeinde in Deutschland etwa muss auch aus einer globalen Klimagerechtigkeitsperspektive evaluiert werden.

Aus Postwachstumsperspektive zeigt sich die Notwendigkeit sozial-ökologischer Wirtschaftskoordination ebenso wie deren Komplexität. Glücklicherweise können Forschung und Praxis auf Arbeiten und Erfahrungen alternativer Formen wirtschaftlicher Koordination und Planung aufbauen. Die *Participatory Economy* (Hahnel 2021) und *Participatory Planning through Negotiated Coordination* (Devine 2002) sind theoretische Konzepte für demokratische Entscheidungs- und Organisationsprozesse auf mehreren Ebenen. Zudem kann die kritische Auseinandersetzung mit praktischen Erfahrungen wirtschaftlicher Planung lehrreich sein. Dies beinhaltet dezidiert sozialistische Formen von Planung (inklusive des demokratischen Experiments mit Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien), aber auch Formen von Planung innerhalb kapitalistischer Ökonomien (von Walmart und IKEA bis zu aktiver Investitions- und Industriepolitik). Die Analyse von Planung sogenannter Kriegsökonomien, zum Beispiel in Österreich-Ungarn (so bei Otto Neurath) oder Großbritannien (so Ulrike Herrmann), ist aufschlussreich bezüglich der staatlichen Mobilisierung und Rationierung knapper Ressourcen in einer Krisensituation. Bürger/innenräte, etwa zu Klimafragen, können Inspiration für demokratische Aushandlungsprozesse kritischer gesellschaftlicher Fragen sein. Aufbauend auf der kritischen Analyse von Planungsthe-

orie und -praxis gilt es Ideen für sozial-ökologische demokratische Wirtschaftskoordination zu entwickeln.

Um diese Ansätze real wirksam zu machen, müssen Möglichkeitsfenster identifiziert und genutzt werden. Die Coronapandemie beispielweise hat Debatten über gesellschaftlich notwendige Arbeit angestoßen. Die aktuellen Diskussionen um gerechte Übergänge, grüne Transformation, die Prioritäten der deutschen Industriepolitik oder um eine mögliche Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen könnten weitere Anknüpfungspunkte bieten. Menschen für diese Themen zu begeistern, Formen und Foren für demokratische Teilhabe zu schaffen und durchsetzungsfähige Mehrheiten zu organisieren bleibt zentrale Herausforderung. Die Debatte um die eigentliche „Krankheit“ der wachstumsorientierten und strukturell nicht nachhaltigen Wirtschaft und die notwendige sozial-ökologische und demokratische Koordination jenseits des Wachstums hat gerade erst begonnen.

### Anmerkung

- [1] Der Artikel lehnt sich an den Beitrag „Why the Coming Social-Ecological Transformation Needs Democratic, Macroeconomic Coordination“ (Hofferberth/Schmelzer 2023) an. <https://medium.com/postgrowth/why-the-coming-socio-ecological-transformation-needs-democratic-macroeconomic-coordination-0d4bdab1ca44>

### Literatur

- Chowdhury, S. (2022): The Organisation of Social Reproduction in a Postcapitalist Participatory Economy. In: *méta Working Papers* 12. DOI: 10.55405/mwp12en
- Devine, P. (2002): Participatory Planning through Negotiated Coordination. In: *Science & Society* 66/1: 72–93. DOI: 10.1521/siso.66.1.72.21001
- Durand, C. et al. (2024): Planning beyond growth: The case for economic democracy within ecological limits. In: *Journal of Cleaner Production* 437: 140351. DOI 10.1016/j.jclepro.2023.140351
- Hahnel, R. (2021): *Democratic Economic Planning*. London/New York, Routledge. DOI: 10.4324/9781003173700
- Harthan, R. et al. (2023): *Projektionsbericht 2023 für Deutschland*. Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt.
- Schmelzer, M. et al. (2022): *The Future Is Degrowth: A Guide to a World Beyond Capitalism*. London, Verso.

### AUTOR/INNEN + KONTAKT

**Elena Hofferberth** forscht zu den makro-ökonomischen und polit-ökonomischen Herausforderungen und Möglichkeiten einer Postwachstumsökonomie.

Universität Lausanne, Institut für Geographie und Nachhaltigkeit, Géopolis 3785, 1015 Lausanne.  
Tel.: +41 216 923073, E-Mail: elena.hofferberth@unil.ch

**Matthias Schmelzer** ist Vertretungsprofessor für Sozial-Ökologische Transformationsforschung an der University of Flensburg.

Norbert Elias Center for Transformation Design & Research, University of Flensburg, Auf dem Campus 1b, Room: TAL 305, 24943 Flensburg.  
Tel.: +49 461 8052871,  
E-Mail: matthias.schmelzer@uni-flensburg.de

